

An die
Vorsitzende des Sozialausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtags
Frau Katja Rathje-Hoffmann MdL
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Per E-Mail an: sozialausschuss@landtag.ltsh.de

**Landesvertretung
Schleswig-Holstein**

Die Leiterin

Wall 55 (Sell-Speicher)
24103 Kiel
Tel.: 04 31 / 9 74 41 – 0
Fax: 04 31 / 9 74 41 – 23
www.vdek.com

Ansprechpartnerin:
Claudia Straub
Durchwahl: 0, Fax: 23
claudia.straub@vdek.com

13. Juni 2023

Stellungnahme der vdek-Landesvertretung Schleswig-Holstein zum Antrag der Fraktion der SPD "Mit der Vor-Ort-für-dich-Kraft den Zusammenhalt in Schleswig-Holstein stärken" (Drucksache 20/585) und zum Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen "Mehr soziale Ansprechpersonen in den Gemeinden – eine Hilfe für Ältere und Menschen, die soziale Unterstützung bedürfen" (Drucksache 20/629)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit, eine Stellungnahme im Rahmen der schriftlichen Anhörung zu oben genannten Anträgen abgeben zu dürfen.

Beide Anträge zielen ab auf die Folgen der schwächer werdenden sozialen Strukturen in den Städten und Gemeinden. Insbesondere Seniorinnen und Senioren haben Probleme mit der Einsamkeit und der Isolation. Dieser gesellschaftlichen Entwicklung und den dadurch zu Tage tretenden Problemen sollte aus Sicht des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek) und seiner Mitgliedschaften entgegen gewirkt werden.

Der Antrag 20/585 der SPD-Fraktion sieht vor, dass 100 hauptamtliche Stellen für Vor-Ort-für-dich-Kräfte für dreieinhalb Jahre vollständig vom Land finanziert werden sollen. Kommunen können sich mit einem Konzept um die Förderung einer oder mehrerer Stellen bewerben.

Allerdings bleibt die Verteilung der Stellen unklar. Aktuell gibt es in Schleswig-Holstein 63 Städte und 1.041 Gemeinden. Bei einer Zahl von 100 hauptamtlichen Stellen können längst nicht alle Gemeinden von einer solchen Vor-Ort-für-dich-Kraft profitieren.

Der Antrag 20/629 der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen geht nicht näher auf die Anzahl der benötigten Stellen ein. Anders als im SPD-Antrag soll hier der Bund bei der Finanzierung in die Pflicht genommen werden.

Beide Anträge zielen auf eine Verbesserung der sozialen Strukturen in den Gemeinden und Städten, um Vereinsamung und Isolation insbesondere von Seniorinnen und Senioren zu verhindern. Die dadurch zu erzielende Verbesserung der Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren wird vom vdek begrüßt.

Allerdings bleibt in beiden Anträgen die Frage der dauerhaften Finanzierung ungeklärt. Da es sich bei den in den Anträgen formulierten Zielen um gesamtgesellschaftliche Aufgaben handelt, ist eine Finanzierung aus Steuermitteln sachgerecht.

Für eventuelle Nachfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich sehr gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Straub
Leiterin der vdek-Landesvertretung Schleswig-Holstein